Kreuzpeinlich

Im ZDF dürfen zweifelhafte Praktiken von Menschenrechts-Vereinen, bei denen Moderator Gerhard Löwenthal mitwirkt, nicht aufgedeckt werden.

Die Anweisung aus der Wiesbadener ZDF-Zentrale kam telephonisch. Am einen Leitungsende saß Chefredakteur Reinhard Appel, am anderen sein Statthalter in West-Berlin, Hanns Werner Schwarze. Was sich die beiden Duz-Freunde zu sagen hatten, klang wenig freundschaftlich. Der oberste ZDF-Redakteur wies seinen Untergebenen an, den Film mit der Produktionsnummer 6422/1415 aus dem Programm zu nehmen.

Tatsächlich fehlte am Donnerstagabend vorletzter Woche in dem ZDF-Politmagazin „Kennzeichen D" der in der Vorschau angekündigte Beitrag über Begleiterscheinungen beim Freikauf von DDR-Häftlingen.

Mit keinem Wort ging Moderator Schwarze auf die unfreiwillige Programmänderung ein. Jeder Hinweis darauf war ihm untersagt worden.

Der nicht gesendete Beitrag, den Appel nie gesehen hat und der zum Zeitpunkt seiner Intervention noch nicht einmal fertig geschnitten war, untersucht die Aktivitäten der Frankfurter „Gesellschaft für Menschenrechte" (GFM), die sich auf hemdsärmelige Art für politische Häftlinge in der DDR einsetzt. Der 15-Minuten-Streifen sollte zeigen, mit welchen zum Teil unseriösen Mitteln sich die GFM-Propagandisten verfolgter DDR-Bürger annehmen und wie sie mit ihren Aktionen mitunter deren Freilassung gefährden.

Dazu hatten die Filmautoren den Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, zu Wort kommen lassen, der sich wenig positiv über die ungebetenen Helfer aus Frankfurt äußerte, ohne freilich die GFM beim Namen zu nennen.

Daß der Film dennoch nicht gesendet wurde, hatte denn auch weder juristische noch journalistische Gründe. Anlaß waren politische Querelen in der größten Fernsehanstalt Europas.

Denn die obskure Gesellschaft für Menschenrechte galt bislang als Domäne des „ZDF Magazin"-Verwalters Gerhard Löwenthal, der mit eiferndem Sendungsbewußtsein das schwarze Kontrastprogramm zu dem linksliberalen „Kennzeichen D" liefert. Und Löwenthal mochte nicht zulassen, daß seine GFM-Freunde vom Konkurrenz-Magazin angemacht würden.

Aus naheliegendem Grund: Die GFM ist aufs engste mit dem geistesverwandten „Brüsewitz-Zentrum" in Bad Oeynhausen und der Organisation „Hilferufe von drüben" mit Sitz in Lippstadt liiert. Und bei allen dreien mischt der öffentlich-rechtliche Journalist Löwenthal, der sich selbst für einen „Politiker in der Medienlandschaft" hält, tüchtig mit.

Die „Hilferufe" hat er mitinitiiert. Von diesem Verein werden Löwenthal häufig die Fälle politisch verfolgter DDR-Bürger hinterbracht, deren Schicksal er, mit Namen und Bild der Betroffenen, bis vor kurzem über den Sender gehen ließ — und damit eben jene Art von Gefangenenhilfe betrieb, die von Schwarze kritisch beleuchtet werden sollte.

Als Bonns Vertreter in Ost-Berlin, Günther Gaus, im vergangenen Dezember per TV-Interview einen Warnschuß abgab und davon sprach, daß eine öffentliche Erörterung „die Chancen für eine positive Regelung dieser



ZDF-Moderator Löwenthal
Eiferndes Sendungsbewußtsein

Einzelfälle praktisch zerstört", verbot ZDF-Intendant Karl-Günter von Hase Anfang dieses Jahres bis auf weiteres die umstrittene Gefangenenhilfe, „die der Löwenthal doch nur als Vehikel für seinen militanten Anti-Kommunismus benutzt" (so ein hoher ZDF-Funktionär in Mainz).

Weil nach dem Verbot des Intendanten der Sendekanal blockiert war, mußten die „Gesellschaft für Menschenrechte", das „Brüsewitz-Zentrum" und die „Hilferufe von drüben" in die Springer-Presse ausweichen.

In bisher drei ganzseitigen Anzeigen in „Welt" und „Welt am Sonntag", die den teuren Inseratenraum gegen einen „geringen Unkostenbeitrag" frei gemacht hatten, beschuldigten die Antikommunisten die Bundesregierung der „Einschränkung der Pressefreiheit" und warfen dem Innerdeutschen Ministerium vor, sich von DDR-Behörden



ZDF-Moderator Schwarze
Unfreiwillige Änderung

erpressen zu lassen. Die seltsame Strafpredigt war optisch mit Photos und Personalien von 52 in DDR-Haft sitzenden Gefangenen umrahmt.

Mindestens fünf von ihnen leben indes längst in der Bundesrepublik, so hatte das „Kennzeichen D"-Team recherchiert. Im Innerdeutschen Ministerium in Bonn war derweil die Rede von mehr als 30 Gefangenen, deren Namen aus den Freilassungslisten der DDR gelöscht wurden, weil ihre Fälle zuvor in der Bundesrepublik in die Öffentlichkeit gezerrt worden waren.

Und im ZDF sollte auch mitgeteilt werden, wie die Löwenthal-Freunde von der „Gesellschaft für Menschenrechte" mit ihren Informanten umspringen. In der Bundesrepublik lebende Angehörige und Bekannte von DDR-Häftlingen läßt die GFM Vollmachten unterschreiben, mit denen sie sich das Recht sichern will, den ihr übertragenen Fall in „jeder Art" zu veröffentlichen. Der wichtigste Passus dabei: „Die Gesellschaft für Menschenrechte e. V. lehnt jede Haftung für mögliche Folgen aus ihrer Tätigkeit ab."

Den Zuschauern von „Kennzeichen D" bleibt der Beitrag bis auf weiteres vorenthalten. Vermutlich in der ersten Septemberwoche soll in einem Gespräch zwischen Minister Franke und Intendant von Hase geklärt werden, ob auch Löwenthal nachgeben und endgültig auf seine umstrittenen „Hilferufe von drüben" verzichten muß.

Redaktionschef Appel wäre darüber wohl nicht unglücklich. Appel: „Mir ist das alles kreuzpeinlich."